



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 07. Juni 2011
Rathaus, Raum 18 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stefan Spallek

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:15 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 10/11

(Drucksachenband 158)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juni 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0029 Tagesordnung

1. Der Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum „Aufmarsch der JN in Wiesbaden am 28.05.2011“ erreicht nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit und wird der Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23.08.2011 zugesetzt.

2. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

0030 11-S-00-0016

Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordnetenvorsteher Nickel eröffnet die Sitzung.

Einstimmig

0031 11-S-00-0017

Wahl des/der Vorsitzenden

Stv. Schickel schlägt Stv. Spallek für die Wahl zum Vorsitzenden vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Einer offenen Abstimmung wird nicht widersprochen.

Stv. Spallek wird wie folgt zum Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration gewählt:

1 Enth.

0032 11-S-00-0018

Wahl des/der stellvertretenden Vorsitzenden

Vors. Spallek schlägt Stv. Schickel für die Wahl zum stellv. Vorsitzenden vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Stv. Schickel wird wie folgt zum stellv. Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration gewählt:

1 Enth.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juni 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0033 11-S-00-0019

Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers

Vors. Spallek schlägt Stv. Weck für die Wahl des Schriftführers vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Stv. Weck wird wie folgt zum Schriftführer des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration gewählt:

1 Enth.

0034 11-S-00-0020

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wählt

Herrn Dr. Jörn Heimlich

Frau Elke Kessel

Frau Astrid Koba

Frau Angelika Paa

Herrn Dietmar Weinert

zu weiteren Schriftführerinnen und Schriftführern.

Einstimmig

0035 11-F-33-0006

Namen von öffentlichen Einrichtungen
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.05.2011 -

Zu diesem Antrag liegen Änderungsanträge der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Linke&Piraten und FDP vor.

Stv. Dumont du Voitel betont, dass die Entscheidung auf Wunsch der FDP bei den Ortsbeiräten liegen soll.

Stv. Schickel findet, dass das zu hoch aufgehängt sei. Die Stadtverordnetenversammlung sei das entscheidende Gremium. Man habe schlechte Erfahrungen mit Ortsbeiräten gemacht, die eine Entscheidung blockiert hätten. So heiße die Rudolf-Dietz-Schule in Naurod immer noch so.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juni 2011**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Kisseler stellt klar, dass seine Fraktion eine zeitliche Festlegung fordere. Außerdem solle ein Kriterienkatalog festgelegt und alle Fraktionen in dem Sonderausschuss vertreten seien. Er spricht sich für eine Umbenennung der Rudolf-Dietz-Schule aus.

Der Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen wird gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Linke&Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP wird gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag von Linke&Piraten wird gegen die Stimmen von Linke&Piraten bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Ursprungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Bündnis 90/Die Grünen

0036 11-F-03-0027

Auswahlkriterien für Städtepartnerschaft
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2011 -

Stv. Kaynak teilt mit, dass durch den Antrag Kriterien für alle laufenden und zukünftigen Städtepartnerschaften festgelegt werden sollen, damit ein transparenter Prozess in Gang kommt.

Stv. Seipel-Rotter beantragt getrennte Abstimmung:

1. Spiegelstrich einstimmig
2. Spiegelstrich einstimmig
3. Spiegelstrich einstimmig
4. Spiegelstrich gegen Linke&Piraten angenommen

0037 11-F-08-0012

Digitale Zustellung der Unterlagen
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 31.05.2011-

Lt. Stv. Seipel-Rotter soll der Papierberg möglichst reduziert werden. Dadurch seien auch Ressourcen zu sparen. Er könne zwar verstehen, dass manche Stadtverordnete lieber mit Papier arbeiten, aber er möchte zumindest die Wahlmöglichkeit haben.

Vors. Spallek schlägt vor, den Antrag in den Ältestenausschuss zu überweisen, da sich dieser in naher Zukunft mit Änderungen der HGO beschäftigen wird und die digitale Zustellung von Sitzungsunterlagen auch in der HGO festgeschrieben werden soll.

Die Überweisung an den Ältestenausschuss wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juni 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0038 11-F-05-0002

Bericht der "AG Jaguar" über integrationspezifische Aspekte bei Straftaten durch Jugendliche
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 31.05.2011 -

Stv. Dumont du Voitel möchte durch den Antrag Infos direkt von der AG Jaguar erhalten.

Stv. Kaynak berichtet, dass man sich in seiner Fraktion gefragt habe, mit welchem Hintergrund man in dem Antrag Fragen stelle, die man mit JA oder NEIN beantworten könne. Er fragt nach, ob es nicht sinnvoller wäre, nach Hintergründen zu fragen.

Stv. Dumont erklärt, dass sich die AG Jaguar mit jungen Leuten befasse und die Fragen aufeinander aufbauten.

Stv. Schickel findet sich in der Wortmeldung der Grünen wieder. Die Stoßrichtung des Antrages gefalle seiner Fraktion nicht. Wenn Probleme auftauchen, käme diese meist aus dem sozialen Bereich.

Er schlägt vor, dass der Ausschuss zu seiner nächsten Sitzung einen Vertreter der AG Jaguar einladen sollte. Er hält es für sinnvoll, auch die Jugendgerichtshilfe mit ins Boot zu nehmen, damit das Gesichtsfeld, das Spektrum erweitert werde.

Lt. Stv. Dumont du Voitel könne man auch einen Jugendrichter dazu einladen.

Vors. Spallek schlägt vor, die nächste Sitzung ins Polizeipräsidium Westhessen zu verlegen, eine türkische Vertreterin dazu einzuladen und den Antrag heute nur als eingebracht zu betrachten.

Einstimmig

0039 11-F-03-0029

Wiesbaden wird Fairtrade Town, Steuerungsgruppe
- Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen -

Stv. Kisseler möchte vom Magistrat durch diesen Antrag einen Bericht erhalten, was der Magistrat bisher unternommen hat, um die Kriterien für eine Fairtrade-Stadt zu erfüllen und möchte schnellstmöglich eine Steuerungsgruppe einrichten.

Stv. Schickel hält eine Steuerungsgruppe für zu hoch aufgehängt; eine Arbeitsgruppe wäre sinnvoller. Man könne den 2. Punkt nicht mittragen.

Stv. Kisseler zieht den 2. Punkt des Antrages zurück.

Punkt 1 des Antrages wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 07. Juni 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0040 11-F-08-0001

Namensschilder im Ausschuss
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.5.2011 -

Stv. Seipel-Rotter stellt den Änderungsantrag, dass die Namensschilder von Amt 16 bei den öffentlichen Sitzungen zur Verfügung gestellt werden.

Der geänderte Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0041 11-V-01-0008

Abschluss der Kommissionsarbeit der Magistratskommission "Mediation, Anpassung und Widerstand - Konsequenzen aus dem Steinbach-Gutachten"

Vors. Spallek weist auf einen Vortrag am 08.06.2011 zu diesem Gutachten in der Elly-Heuss-Schule hin.

Stv. Schickel geht davon aus, dass der OB berichten wird.

Einstimmig

0042 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Zeimetz berichtet, dass

- die Bewerbungsfrist zur Verleihung des Integrationspreises abgelaufen ist,
- 10 Bewerbungen eingegangen sind,
- in der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 23.08.2011 die Jury-Mitglieder, die von den Fraktionen gestellt werden, gewählt werden müssen.

Einstimmig

0043 10-F-29-0001

Humanitäre Sprechstunde
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juni 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Bericht von Frau Stadträtin Zeimetz und Herrn Burgmeier (Amt für Zuwanderung und Integration) wird zur Kenntnis genommen, wonach

- der Auftrag der Stadtverordnetenversammlung vom Oktober 2010 umgesetzt und vor rund 2 Wochen der Startschuss zur Humanitären Sprechstunde gegeben werden konnte,
- allg. medizinische Versorgung, Zahnversorgung, Schwangerenbetreuung und medizinische Versorgung von Säuglingen und Kindern angeboten werden kann,
- die Versorgung zum Einen in der Teestube stattfindet und die Betreuung der Schwangeren bei Pro Familia angeboten wird,
- die gesamte medizinische Betreuung im Jahr rd. 35.000 € kosten wird,
- die Finanzierung für 2011 gesichert ist, aber das Projekt für 2012/2013 bei den Haushaltsberatungen Berücksichtigung finden muss.

Vors. Spallek bedankt sich für die zügige Umsetzung des Antrages.

Einstimmig

0044 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

Der Bericht von Frau Stadträtin Zeimetz wird zur Kenntnis genommen, wonach

- das Wiesbadener Gespräch zur Integration, das die Interkulturelle Woche abgelöst hat, eine sehr gute Alternative darstellt und weitergeführt werden soll,
- die Filmvorführung (Deutsch aus Liebe) mit anschließender Diskussion am 01.04.2011 im Caligari sehr gut angekommen ist,
- das nächste Gespräch in diesem Jahr in den Themenschwerpunkt „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“ integriert werden soll und dabei versucht werden sollte, ein Drei-Generationen-Gespräch zu diesem Thema zu initiieren.

Stv. Schickel berichtet, dass er zunächst skeptisch war, als die Interkulturelle Woche nicht weitergeführt werden sollte. Aber er kann sich der positiven Bilanz nur anschließen. Die jetzigen Integrationsgespräche seien wahrscheinlich ein wesentlich effektvollerer Nachfolger. Die interkulturellen Wochen seien zu viel unterteilt gewesen, hätten wenige Bürger/innen angesprochen. Das sei bei dem 1. Integrationsgespräch im Caligari ganz anders gewesen, da war der Saal gut gefüllt.

Vors. Spallek hält die Umstellung auf die Integrationsgespräche für eine kluge Entscheidung.

Einstimmig

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juni 2011

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0045 Verschiedenes

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wird zukünftig versuchen, bei verschiedenen Organisationen vor Ort zu tagen, um dadurch intensiver Kontakte pflegen zu können.

Es sind sowohl Besuche bei Moscheevereinen, als auch bei den christlichen Kirchen geplant.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .07.2011

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba